

Breslauer Zeitung.



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilagschrift 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung welche Sonntag und Montag einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 106. Mittag-Ausgabe.

Sechshundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Freitag, den 3. März 1865.

Preußen.

Berlin, 2. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Fischer Carl Anderen Kruse aus Stagen die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen, und die Wahl des Directors des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums in Köln, Dr. Herbst, zum Director des Gymnasiums in Vieselsdorf zu bestätigen, sowie dem Kandidaten der Hauptklasse der preussischen Rechten-Berichtungs-Anstalt Johann Richard Löffel in Berlin den Charakter als Rechtsrath zu verleihen.

[Hoftrauer.] Der königliche Hof legt heute die Trauer auf drei Wochen für Ihre Majestät die vermittelte Königin der Niederlande an. Die Damen erscheinen in schwarzeidenen Kleidern, und zwar die erste Woche in schwarzem Kopfschmuck mit schwarzen Handschuhen und schwarzen Fächern, die zweite Woche in weißem Kopfschmuck mit weißen Handschuhen und weißen Fächern, die dritte Woche in Blonden.

Die Herren erscheinen, insofar sie nicht Uniform tragen, die erste Woche mit schwarzen Dejen und schwarzen Schnallen, die beiden letzten Wochen mit weißen Dejen und weißen Schnallen.

Der königliche Eisenbahn-Haus- und Betriebs-Inspector Rampoldt zu Breslau ist in gleicher Eigenschaft nach Stargard in Pommern versetzt worden.

Berlin, 2. März. [Se. Maj. der König] ließen sich heute Vormittag die jetzt in die Armee tretenden Kadetten vorstellen im Beisein des Generals der Infanterie von Peucker und des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn von Mantuffel.

Demnächst arbeiteten Se. Maj. der König mit dem General-Lieutenant und General-Adjutanten Freiherrn von Mantuffel und empfangen den Major im Garde-Kürassier-Regiment Prinzen Neuf und den Rittmeister der Garde du Corps Prinzen Schwarzburg. (St.-A.)

O. C. [In der gestrigen Sitzung der Budget-Commission] kam bei dem Etat des Abgeordnetenhauses und gelegentlich bei der Anstellung eines Bibliothekars durch den Präsidenten des Hauses der Umstand zur Sprache, daß die Regierung für sich das Recht in Anspruch nehme, die Beamten des Hauses anzustellen und deshalb im Etat die Bemerkung gemacht habe, der genannte Beamte sei auf dreimonatliche Kündigung angelegt. Dieser Auffassung entgegen, wurde das Anstellungsrecht dem Präsidenten vindicirt und eine sechsmonatliche Kündigung festgestellt, der Prinzipienstreit jedoch nicht aufgenommen und ein Antrag, den Präsidenten zu ersuchen, nach wie vor die nötigen Beamten anzustellen und die Einmischung der Regierung in diese Angelegenheit zurückzuweisen, abgelehnt. — Bei dem Etat der Oberrechnungskammer kam es zur Sprache, daß ein Beamter dieser Behörde die ihm nach seinem Alter zustehende Gehalts-erhöhung nicht erhalten habe. Referent batte vom Regierungs-Commissar deshalb die Einsicht in die Special-Rechnungen gefordert, die jedoch verweigert wurde, weil es nach der Ansicht des Commissars der Regierung zustehe, innerhald der für die Beamten bewilligten Zulagen nach eigenem Ermessen zu schalten. Es wurde deshalb folgender Antrag gestellt und angenommen: „daß die Regierung nicht berechtigt sei, den Beamten der Oberrechnungskammer nach anderen Grundätzen als nach Maßgabe der Anciennitäts-Verhältnisse Gehaltszulagen zu gewähren.“ Außerdem wurden 2200 Thaler zu Gehaltszulagen für Beamte der D.-R.-A., die im Etat ausgeworfen sind, gestrichen. — Ferner kam ein Antrag zur Sprache, nach welchem rüchlich der Beamtenwohnungen bestimmte Normativ-Bedingungen aufgestellt werden sollten. Man beschloß aber, diese Frage bei dem Domainen-Etat zur Sprache zu bringen, wo ein specieller Fall dazu Veranlassung bieten werde.

[In der heutigen Sitzung der Budget-Commission] wurde der Special-Etat der Forsten berathen, und die von der Regierung vorgeschlagene Einnahme aus den Forsten um 1/2 Mill. bis auf 8 Mill. Thaler erhöht. Die Commission, die diese Erhöhung einstimmig beschloß, ging von der Ansicht aus, daß bei der Berechnung der Holzpreise gegenwärtig nicht der Durchschnitt der Jahre 1861-63, sondern 1862-64 zu Grunde gelegt werden müsse. Ferner nahm sie einstimmig den Antrag an: die Staats-regierung aufzufordern, bei Bekanntmachungen von Terminen zu Holzverkäufen auf den Feiertagen der Blätter und nicht, wie in neuester Zeit öfter geschehe, allein auf die politische Parteistellung derselben Rücksicht zu nehmen.

[Die Vertheilung des General-Erbschafts] wird sich wohl wiederum um einen Tag, also bis zum Abend des 4. März, verzögern. Es wird angenommen, daß den Mitgliedern des Hauses eine längere Frist als eine dreitägige gelassen werden wird, um sich mit dem Inhalt des Berichtes vertraut zu machen und auf die Verhandlungen im Hause vorzubereiten, so daß dieselben frühestens am Ende der nächsten Woche beginnen würden.

[Verbesserungsanträge zur Bankvorlage.] Die in der gestrigen Sitzung der Handels-Commission eingebrachten Verbesserungsanträge zur Bankvorlage lauten wörtlich:

Abänderungs-Vorschlag des Abg. v. d. Heydt: Das Haus wolle beschließen, im § 1 in der ersten Linie statt der Worte: „deutschen Handelsplätzen außerhalb Preußens“, zu setzen: „Hamburg und Handelsplätzen in den Elbherzogthümern.“ Sodann am Schluß des § 1 hinzuzufügen: „die Anordnung der Errichtung solcher Filialanstalten geschieht durch königl. Verordnung.“ — Im § 3 in der zweiten Linie einzuschalten: „und der Finanz-Minister sind“ mit Weglassung des Wortes „ist“.

Abänderungs-Vorschlag des Abgeordneten von Unruh. Das Haus wolle beschließen, § 1 des Gesetzentwurfes wie folgt abzuändern: Die preussische Bank ist befugt, in Hamburg (Kiel oder Altona) ein Comtoir oder eine Commandite zu errichten und an diesem Plage Bankgeschäfte betreiben zu lassen. Ferner Unter-Amendement zu dem Abänderungs-Vorschlag des Referenten (Möppel): Statt nach dem Vorschlage des Referenten in einem Zusatz-Paragrafen zu bestimmen, daß der ungedeckte Theil der Notenemission 60 Mill. Thaler nicht überschreiten soll, festzusetzen, unter Aufhebung der bisherigen Bestimmung der Bankordnung: „Bis zu 50 Mill. Thlr. Notenausgabe soll stets die Hälfte des Betrages in Silber als Deckung vorhanden sein; bei weiterer Notenausgabe bis 75 Mill. Thaler sind von dem, jene 50 Mill. Thlr. übersteigenden Betrage 2/3 durch Silber zu decken. Für alle über 75 Mill. Thlr. auszugebenden Banknoten muß der volle Betrag in Silber niedergelegt werden.“ Abänderungs-Vorschlag des Abg. Dr. Sievert zu § 2: Zeile 5 Fassung folgender Worte:

„Daß die letzteren auch ausländische auf den Inhaber lautende öffentliche Papiere, soweit solche dem Bereiche des Staates, in welchem die Filial-Anstalt belegen ist, angehören, discountirt, Wechsel und Papiere aller Art auch für Rechnung von Privat-Personen gekauft und verkauft, so wie auf ausländische auf den Inhaber lautende öffentliche Papiere, und im Auslande lagernde Kaufmannsaaren, soweit diese öffentliche Papiere oder Kaufmannsaaren dem Bereiche des Staates, in welchem die Filialanstalt belegen ist, angehören, zinsbare Darlehen ertheilt werden können.“

[In der heutigen Sitzung der verstärkten Handels-Commission] gab beim Beginn der Erörterung über die Bankvorlage und die bezüglichen Verbesserungs-Anträge der Commissar der Regierung, Präsident der Bank Hr. Dehrendt, die Erklärung ab, daß die Regierung nur mit dem Vorschlage v. d. Heydt's in Betreff der Errichtung von Bankfilialen auf Grund königl. Verordnung und dem Amendement Sievert in Betreff des Bombardgeschäftes der Filialen sich einverstanden erklären könne, daß sie sich dagegen gegen die eingebrachten Anträge, soweit sie Beschränkungen der Errichtung von Filialen und der Ausgabe von Banknoten verlangen, entschieden erklären und ihre Annahme als eine Verwerfung der Regierungs-Vorlage betrachten müsse. Demnach sprach Dr. Dehrendt für die Vorlage mit einer Ausdehnung der Filialen über v. d. Heydt hinaus auf Leipzig und Bremen; desgleichen Rumpff und Großmann für die Vorlage. Hr. v. d. Heydt (der sich gestern über die Möglichkeit gewundert hatte, mit der Handelsminister die Vorlage behandelt, der die unbeschränkte Errichtung von Filialen für sehr bedenklich erklärte, der sich den Ausführungen des Abg. Michaelis angeschlossen, an die Gefahr für preussische Silberdorräthe außerhalb Preußens im Kriegsfall erinnert hatte, während die Bank trotz etwaigen Verlustes von Silber die ausgegebenen Noten einlösen müsse, der hinzugefügt hatte, daß der Finanzminister eine derartige Vorlage mit unterzeichnen müsse, daß er aber als Finanzminister die gegenwärtige nicht mit unterzeichnen hätte) — Herr v. d. Heydt bestränkte sich heute auf die Vertheidigung seines Amendements und der bezweifelten Uebereinstimmung desselben

mit seiner Stellung zur Sache, als das Haus in die Schlußberatung über die Regierungs-Vorlage eintreten wollte. Abg. Becker sprach gegen die Vorlage aus politischen Gründen und gegen die bezweifelten politischen Vortheile, die man sich von ihr verspreche, wenn man auch die Absicht nicht offen ausgesprochen wolle, aus der die Vorlage entspringe. Beim Eintritt in die Specialdebatte zog Herr v. Unruh sein Amendement zu Gunsten des v. d. Heydt'schen zurück und Abg. Becker schloß sich eventuell, falls die Commission die Vorlage in amendirter Gestalt annähme, mit der Einschränkung auf Hamburg als einzigen Platz für Errichtung einer einzigen Filiale an. Abg. Siemens für v. d. Heydt's Amendement, Parisius (Brandenburg) und Reichenheim für die Vorlage und gegen alle Amendements. Abg. Prince-Smith erklärte sich principiell gegen alle Bombardirung im Auslande, um nicht mit preuß. Banknoten auf Speculation auf Speculation zu ermüden, woraus wie im Jahre 1857, verderbliche Handelstriefen hervorgehen können. Bei der Abstimmung wurde die Vorlage der Regierung mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt, das Amendement v. d. Heydt mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen und zwar mit dem vom Abg. Sievert empfohlenen Zusatz. Der Commissar der Regierung erklärte, dieser Abstimmung gegenüber erst weitere Anweisungen einholen zu müssen. — Die heutige Sitzung, die von 10 bis 3 1/2 Uhr gedauert, hat die Vorberathungen über die Bankvorlage beendet, an deren Schluß Abg. Hartort an seine Normativ-Bestimmungen für die Privatbanken als Bedingung für seine Zustimmung zur Ergänzung und Abänderung der Bankordnung, welcher Art sie auch sein mögen, erinnerte. — Zum Referenten im Plenum ist der Abg. v. d. Heydt gewählt.

[Die preussische Depesche.] Der „Kob. Ztg.“ geht über den Inhalt der Depesche nachstehendes von Wien zu:

„Die preussische Depesche ist ein Actenstück von ungewöhnlich großem Umfang und diesem nicht dilatorisch, sondern sehr positiv gehalten. Sie entwickelt die Standpunkte und desiderata Preußens in der schwebenden Verhandlung mit ebenso großer Ausführlichkeit wie Bestimmtheit, betont aber vor Allem die Forderungen, welche Preußen in Bezug auf seine Stellung zu einem neu constituirten norddeutschen Staat geltend zu machen habe, zählt diese Forderungen der Reihe nach — es sind fünf Punkte — auf und erörtert jeden einzelnen im Detail. Nach erreichter Verständigung über diese Punkte, heißt es schließlich, habe Preußen keinen Anlaß zu zögern, gemeinsam mit Oesterreich zur Constituirung des neuen Staates zu schreiben, und wird in Aussicht gestellt, in dieser Hinsicht auf die Anstauung Oesterreichs, dieser Constituirung die Rechtsunterordnung nachfolgen zu lassen, einzugehen. Die fünf Punkte werden wie folgt formulirt: „Abtretung der Landeshoheit über den sieler und edersförder Hafen, so wie über den von der Nordsee nach der Ostsee zu erbauenden Canal an Preußen. Ueberlassung der Oberaufsicht über die Verwaltung dieses Canals. Maritime Conventio mit Einräumung der Befugniß zur Aushebung von Rekruten für den Matrosendienst auf der preussischen Flotte. Militärcconvention unter Wahrung des Bundesrechtes bezüglich des schleswig-holsteinischen Bundescontingents. Ueberlassung der Leitung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen. Zugestehung des Rechtes, einige bestimmte feste Plätze mit preussischen Truppen zu besetzen.“

Unter diesen Plätzen befinden sich nach einer weiteren Mittheilung dieses Correspondenten der „Kob. Ztg.“ Rendsburg nicht, weil man preussischerseits auf diesen Punkt in strategischer Hinsicht wenig Werth legt. Der Berichterstatter schließt: die österrichische Regierung dürste diesen weitgehenden Forderungen schwerlich zustimmen und sind voraussichtlich abermals langwierige diplomatische Verhandlungen zu erwarten.

[Die hiesigen Zollverhandlungen] zwischen den Bevollmächtigten des Zollvereins und Oesterreichs sind soweit gefördert, daß das Einverständnis der Verhandlungen als gesichert anzunehmen ist. Die Hauptverhandlungen, welche in der letzten Zeit auf dem Gebiete der gegenseitigen Tarif-Concessionen hervorgetreten waren, sind also nach der „Nordd. A. Z.“ im Wesentlichen als beendet zu betrachten.

[Die Klage des Abg. Dr. Simon.] Vicepräsidenten des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. D., gegen den Fiscus auf Erstattung der ihm abgezogenen Stellvertretungskosten ist jetzt auch in zweiter Instanz von dem k. Kammergericht abgewiesen worden.

[Der Conflict in Burg.] Der Minister des Innern empfing vorgestern eine Deputation der Arbeiter aus Burg. Dieselbe wurde von ihm, wie verlautet, mit ihren Beschwerden angehört, zunächst aber an den, von dem Oberpräsidenten v. Wigleben zur örtlichen Untersuchung der Angelegenheit entsandten Commissarius verwiesen. — In Magdeburg giebt man sich der Hoffnung hin, daß der Conflict seine gütliche Erledigung finde.

Stettin, 1. März. [Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] trafen, wie die „Dffsee-Ztg.“ meldet, heute Nachmittag 4 1/2 Uhr mit ihrem jüngsten Sohne Sigismund, nebst Gefolge, mittelst Extrazuges von Berlin hier ein. Alle Empfangsfeierlichkeiten waren verboten; eine Anzahl Häuser hatte geschlossen. Abends erschienen Ihre königl. Hoheiten im Theater, bald nach Beginn der Vorstellung von „Königin Margot“ von Adami. Das Publikum erhob sich, applaudirend. Ihre königl. Hoheiten blieben bis zu Ende der Vorstellung.

Stettin, 2. März. [Die Nachricht über den Abschluß des Handelsvertrages zwischen Schweden und Frankreich] hat in Schweden große Befriedigung erregt. In Gothenburg traf das bet. Telegramm zur Borszeit ein. Die Börseversammlung brachte, nachdem es seitens des Vorstandes der Kaufmannschaft vorgelesen, dem Könige ein enthusiastisches Hoch und sandte Telegramme an den König und den Finanzminister, worin sie ihren Dank ausgesprochen. Die Schiffe im Hafen flaggten. Charakteristisch für die schwedischen Zustände ist, daß über den Inhalt des Handelsvertrages nichts Näheres bekannt war; man hofft aber, daß durch ihn dem Schutzoll ein Schlag versetzt werde. (Dff.-Z.)

Karlsruhe, 27. Febr. [Die Dankadresse der Residenz an den Großherzog] zählt mehrere tausend Unterschriften. An einem Tage fanden sich gegen 1000 Unterzeichner ein. (Schw. M.)

Darmstadt, 28. Febr. [Zünfte und Gewerbefreiheit.] Dem seiner Zeit mitgetheilten Beispiele des gießener Kreisraths, Geh. Rath Röhler, in der Frage der Aufhebung der Zünfte ist nunmehr ein zweiter Verwaltungsbeamter der Provinz Oberhessen, Kreisrath Hoffmann in Schotten, nachgefolgt. Derselbe ließ die Zünfte in Laubach zusammenzutreten, setzte denselben ihre eigene Entbehrlichkeit und Schädlichkeit auseinander und ließ über die Aufhebung derselben abstimmen. Der Erfolg war freilich nicht der gewünschte, die Majorität erklärte sich für Beibehaltung der Zünfte, trug aber den Forderungen der Zeit wenigstens insoweit Rechnung, als gleichzeitig eine Petition an die Regierung wegen Einführung allgemeiner Gewerbefreiheit beschlossen wurde. Bis diese Petition von Erfolg ist, wird es daher in Laubach beim Alten bleiben, und dies scheint denn auch die eigentliche Absicht jener ihren materiellen Tendenzen nach sich diametral widersprechenden Beschlüsse gewesen zu sein. (N. Fr. Z.)

Wiesbaden, 28. Febr. [Die „Mittelrh. Zeitung.“] Nachdem das Recursgesuch um Aufhebung der zweimonatlichen Suspendirung der „Mittelrh. Ztg.“ von dem herzogl. Ministerium (wie bereits mitgetheilt) abschlägig beschieden worden, ist nun heute ein zweites Gesuch um Aufhebung der zweimonatlichen Suspendirungsfrist auf einen Monat, welche der Eigentümer dieses Blattes bei der herzoglichen Regierung eingereicht hatte, ebenfalls abschlägig beschieden worden. Wie man vernimmt, wollen die Abonnenten des Blattes das Abonnement von den zwei Monaten nicht zurückfordern, um dem Eigentümer wenigstens einen kleinen Ersatz für den großen Schaden, welcher demselben durch die zweimonatliche Aufhebung seines Blattes verursacht worden ist, zu geben. (Fr. Z.)

Koburg, 27. Febr. [Nationalverein.] Gestern hatte der Vorstand des Nationalvereins hier eine Sitzung, bei welcher anwesend waren: v. Bennigsen, Fries, Metz, Nagel, v. Kockau und Streit. Dieselbe galt sicherem Vernehmen nach der Ausführung der Beschlüsse der letzten Generalversammlung wegen Vereinigung der Preßthätigkeit und Geschäftsführung an Einem Orte. Die Schwierigkeiten scheinen nun sämmtlich beseitigt zu sein und man darf erwarten, daß schon in den nächsten 14 Tagen der Wille der Generalversammlung vollzogen wird. Auch das endliche Erscheinen der stenographischen Berichte über die Generalversammlung ist jetzt für die nächste Zeit gesichert. (Hess. Bdsztg.)

Bon der Weser, 28. Febr. [Zur oldenburgischen Erbfolge.] Den „S. N.“ wird gemeldet: Glaubwürdigem Vernehmen nach beabsichtigt die oldenburgische Regierung, den wiener Documentensfund in der nächsten Zeit der Oeffentlichkeit zu übergeben und denselben baldigst in die Hände der preussischen Kron-Syndici gelangen zu lassen.

Hannover, 28. Febr. [Professor Rühlmann] erklärt: „Von meiner Ansprache an die Versammlung der pariser polytechnischen Gesellschaft am 19. Februar d. J. haben die Zeitungen nach dem Vorgange der meisten pariser Journale insofern eine unrichtige Mittheilung gebracht, als ich nicht gesagt habe, daß Deutschland seine Ingenieure und Mechaniker aus Frankreich habe, sondern, daß Deutschland den Franzosen die Begründung der heutigen Maschinen- und Ingenieur-Mechanik verdanke, und daß uns deshalb Männer wie Navier, Coriolis und Poissonet unvergesslich bleiben müßten.“

Flensburg, 28. Febr. [Ablehnungen.] Der in den engen Ausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine gewählte Bäckermeister Caslen von hier (nicht Rector Caslen, wie irrthümlich berichtet war) hat, wie mit Bestimmtheit versichert wird, diese Wahl abgelehnt. Dasselbe wird von Herrn Hansen-Grumbye behauptet, und wollen hiesige Freunde des Herrn Senator Raben in Apenrade wissen, daß derselbe ebenfalls niemals mit der gegenwärtigen Richtung der schleswig-holsteinischen Vereine gehen werde. (S. N.)

Frankreich.

* **Paris, 28. Februar.** [Zur Herzogthümerfrage.] Der „Constitutionnel“ veröffentlicht einen (bereits in unserer heutigen politischen Uebersicht erwähnten) Artikel, aus Hamburg datirt, der (wie bereits im heutigen Morgenblatte bemerkt wurde. D. N.) nicht geringes Aufsehen macht, da er sich offen für die Annexion der Herzogthümer an Preußen ausspricht. In demselben heißt es: „Betrachtet man den Beginn dieser Angelegenheit, so kann man nicht leugnen, daß sie zum Ausgangspunkt das Nationalitätsprincip hatte, auf das Dänemark mit Unrecht zu wenig Rücksicht genommen hatte. Die Deutschen haben zuerst discutirt und dann Krieg geführt, um ihre Landsleute von der ungeschickten Einmischung der Dänen zu befreien, und gestützt auf diese offen ausgesprochene Idee vermochten die beiden deutschen Großmächte einen sehr schwachen Staat anzugreifen, der große Sympathien in Europa für sich hatte, ohne daß die anderen Mächte sich in diesen Krieg gemischt hätten. Auf diesen Punkt muß man billigerweise Rücksicht nehmen, und ich bin überzeugt, daß man in Preußen sehr geneigt ist, darauf einzugehen. Den ausschließlich dänischen Theil, der doch nur eine ewige Verlegenheit wäre, an Dänemark zurückzugeben, und den übrigen Theil der Herzogthümer an Preußen annectiren, das wäre die Lösung, und ich sehe nicht ein, warum Frankreich und Europa einem solchen Acte hindernd entgegen treten sollten, der eben so sehr der Gerechtigkeit, wie dem wohlbestandenen Interesse ganz Deutschlands und der Bevölkerung der Herzogthümer entspräche.“

Das Merkwürdigste an dieser Correspondenz bleibt der Umstand, daß mit keinem Worte des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung gedacht wird, das die ganze Zeit über das Ceterum censeo des „Constitutionnel“ gewesen. Die „Presse“ bemerkt zu diesem Artikel: „Die vorgeschlagene Combination sei überaus kindisch und lächerlich und könne kaum noch Anspruch auf den Namen Politik machen, es sei denn, daß man den preussischen Gelüsten eine gefährliche Falle stellen wolle. Die französische Regierung habe sich stets für das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung ausgesprochen. Wie könne nun der „Constitutionnel“ heute das dementiren, was er schon mehr als hundertmal, erst gestern in einer Correspondenz aus Frankfurt, (i. das heutige Morgenblatt in der „Uebersicht“, D. Red.) feierlich verkündigt.“

Großbritannien.

E. C. **London, 28. Febr.** [In der gestrigen Oberhaus-Sitzung] überreichte Lord Taunton Petitionen aus Melbourne und anderen Orten der Colonie Victoria, in welchen um sofortige Abschaffung der Deportation nach Australien gebeten wird. Diese Petitionen, sagt er, seien Ausdruck der in allen Klassen der Bevölkerung jener Colonie herrschenden Stimmung und diese Stimmung sei weit verbreitet und tief eingewurzelt. Lord Granville entgegnet, seines Erachtens könne es zu nichts Guten führen, wenn die in dieser Frage schon so häufig geltend gemachten Argumente jetzt von Neuem wieder vorgebracht würden. Die Regierung habe das Deportations-System aufgegeben, und sobald in England für die nothwendige Verbesserung der Gefängnisse Sorge getragen worden sei, würden keine Straflinge mehr nach Australien geschickt werden.

[Im Unterhause] fragt Sir H. Verney, ob folgende, in einigen englischen Zeitungen veröffentlichte und in gewissen ausländischen Zeitungen besprochene Stelle einer angeblichen auf Schleswig-Holstein bezüglichen Depesche Carl Ruffell's vom 27. Januar echt sei: „Sollte Oesterreich Preußen gestatten, nach Belieben über die Herzogthümer zu verfügen, so würden ernsthafteste Verwidelungen in Europa entstehen, und die Verantwortlichkeit für dieselben würde natürlich auf Oesterreich fallen. Zudem kann das Geld der Herzogthümer in rechtlicher Weise nur durch den Bund entschieden werden, und die Macht, welche sich die Verfügung über dieselben anmake, würde eine höchst willkürliche Handlung verüben.“ Der Unterstaatssecretär des Auswärtigen, Herr Layard, erwidert, er sei seinem geehrten Freunde sehr dafür verbunden, daß er ihm die Gelegenheit biete, zu erklären, daß die angebliche Depesche eine reine Erfindung sei. Keine solche oder ihr auch nur entfernt ähnliche Depesche sei geschrieben worden. — Die am Freitag vertagte Debatte über Irland, speciell über die von Hennessy beantragte Resolution: „Das Haus bemerkt mit Bedauern die Abnahme der Bevölkerung Irlands und wird Ihrer Majestät Regierung beireitwillig bei jeder zweckmäßigen Maßregel, welche darauf abzielt, die erspriehliche Beschäftigung des Volkes zu fördern, unterstützen“, wird durch Robert wieder aufgenommen. Derselbe sagt, die Resolution enthalte eine Klage gegen die englische Regierung und verlange, daß etwas für Irland gethan werde.

Wenn er diese Nebenart höre, so empfinde er schon ein Grauen. Bis zum Jahre 1829, das räunte er ein, sei England allerdings eine grausame Stiefmutter für Irland gewesen. Von da an aber habe es sehr viel für Irland gethan. Das Parlament habe sich nach Kräften bemüht, Irland gerecht zu werden, und dieses werde jetzt ganz eben so gut regiert und sei eben so leicht befeuert, wie irgend ein anderes der drei Königreiche. Die Leiden Irlands hätten ihren Ursprung darin, daß es durch inneren Haß zerissen sei. — Lowe fragt, ob man, wenn es wahr sei, daß das irische Volk sich in Armuth und Noth befinde, Grund habe, darüber zu klagen, daß ein Theil derselben die Gelegenheit benutze, dem Glend zu entinnen. Er seines Theils betrachte die Auswanderung als einen gewaltigen Segen für die Auswandernden sowohl wie für die Zurückbleibenden. Sir G. Grey hoffte, daß irische Volk werde für allgemein beklagte Uebel keine Abhilfe vom Parlament oder der Regierung erwarten, sondern dieselbe in der eigenen Kraft und den eigenen Anstrengungen suchen. Sir S. Northcote bekämpfte den von Lowe aufgestellten Satz, daß die Auswanderung aus Irland als eine Wohlthat zu betrachten sei. Man möge bedenken, daß die Kraft des Landes durch die englische Gefesgebung gekümmert worden sei, und das Parlament habe die Pflicht, an diese Frage mit zarter Rücksichtnahme für Irland heranzutreten und zu zeigen, daß es wünsche, die Uebel, unter denen das Land leide, so viel wie möglich zu bewältigen. Lord Palmerston bemerkt, die Abnahme der Bevölkerung Irlands sei in abstracto allerdings ein Uebel. Vor einigen Jahren aber habe man gerade über das Gegentheil, nämlich über eine zu starke Bevölkerung, geklagt. Die menschliche Gefesgebung könne gegen Naturgesetze nicht aufkommen und vermöge nicht, die Arbeiterbevölkerung in einem Lande festzuhalten, wenn ihr in einem anderen höherer Tagelohn geboten werde. Der einzige hindernde starke Beweggrund zum Verbleiben würde der Zutritt von Capital sein. Und wodurch werde dieser verhindert? Durch die Vorstellung, daß in Irland weniger Sicherheit herrsche, als in England. Was den zweiten Theil der Resolution betreffe, so glaube er, daß das Parlament gegen die Bewilligung von Staatsgeldern zu dem betreffenden Zwecke sei. Wenn hingegen ein Antrag auf Wiederernennung des vorjährigen Ausschusses gestellt werde, so werde sich die Regierung demselben durchaus nicht widersetzen. Nachdem Lord J. Manners sich im Sinne der letzteren Aeußerung des Premier's ausgesprochen hat, wird die Resolution Hennessey's mit 107 gegen 31 Stimmen verworfen.

[Die zu erwartende Parlements-Auflösung.] Es ist nun mit Zustimmung der Leiter der zwei großen Parteien entschieden, daß die Auflösung des jetzigen Parlaments gegen Mitte Juli erfolgen soll, damit dann die Neuwahlen vor der Ernte vollendet sein können, welche in England gewöhnlich im August stattfindet. Eine Frist von 14 Tagen zwischen dem Datum der Auflösung und dem Beginn der Grafschaftswahlen ist gesetzlich vorgeschrieben; die städtischen Wahlen können rascher vor sich gehen. Man wird sich anstrengen, die Session bei Zeiten zu Ende zu bringen und in der That wird das Parlament nur ungefähr zwei Monate vor den Osterferien und zwei Monate nach denselben sitzen. Es wird sich kaum mit etwas Wichtigem beschäftigen außer der Finanzordnung des Jahres, die sich in der angenehmen Form einer weiteren Steuerermäßigung im Betrage von 2 bis 3 Millionen Pfund Sterling präsentirt. Die Regierung wird natürlich mit keinen Maßregeln hervortreten, welche auf ernstlichen Widerspruch stoßen oder weitläufige Debatten veranlassen könnten. Jedermann fühlt und weiß, daß es nicht das gegenwärtige Parlament ist, sondern das nachfolgende, welches über den Besitz der Regierungsgewalt, ob Whigs oder Tories, für die nächsten Jahre entscheiden wird, und so ist es beiden Parteien gleich sehr darum zu thun, jeden Fehlgriff, der die Zukunft gefährden könnte, zu vermeiden. In Anbetracht jedoch, wie nahe der Beginn eines so wichtigen Kampfes bevorsteht, ist es zu verwundern, daß sich hier und dort so gar wenig Parteigeist offenbart. Weder die Regierungspartei, noch die Opposition kann von sich aus sagen, daß sie ein Lösungswort, ein Schiboleth hat, um durch irgend eine große Verheißung oder ein umfassendes Princip die Wählerchaften des Landes mit Sturm zu nehmen.

Belgien.

Brüssel, 28. Febr. [Zur Encyclica.] Der Cardinal-Erzbischof von Mecheln, Mgr. Engelbert Sterckx, hat seinen Hirtenbrief für die Fasten erlassen und sich darin über die Encyclica vom 8. Dez. ausgesprochen. Während derselbe seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß man gesucht habe, glauben zu lassen, der Papst habe die constitutionellen Formen unseres Landes getadelt und selbst die wunderbaren Fortschritte der Künste und Wissenschaften, welche den Ruhm unseres Zeitalters bilden, verurtheilt, sagt er dagegen bei der Mittheilung des Sylabus: „Wir lassen diese Sammlung (den Sylabus) dem gegenwärtigen Hirtenbriefe folgen, damit die Herren Pfarrgeistlichen sie mit Aufmerksamkeit studiren und sie ihren Vicaren, sowie anderen Personen, welche besonders verpflichtet sind, die Irrthümer wohl zu erkennen, welche der Geist der Finsterniß zu verbreiten sucht, mittheilen können. Wir befehlen nicht, sie von der Kanzel zu verlesen, weil alle Gläubigen diese Irrthümer nicht ausföhrlich zu kennen brauchen; es genügt in der That, daß sie dieselben im Allgemeinen verwerfen und sich mit einer kindlichen Gelehrigkeit und ohne einen Vorbehalt allen Entscheidungen des heiligen Stuhls unterwerfen, wie der Glaube und die Unterwerfung, welche der Autorität des Vicars Jesu Christi gebührt, es ihnen zur Pflicht machen. — Dazu bemerkt die „Ind. belge“: „Wir hatten oft von dem blinden Glauben sprechen hören, aber von der blinden Negation dessen, was man gar nicht kennt, davon hatten wir bisher noch keine Idee. . .“

Schweden und Norwegen.

Christiania, 23. Febr. [Die deutsche Kirche in Bergen.] Seit der Zeit der Hansa hat in Bergen eine deutsche Kirche bestanden. In der letzten Zeit wurden von skandinavisch gesannenen Bewohnern der Stadt Versuche gemacht, die Aufhebung des deutschen Gottesdienstes zu veranlassen. Im Widerspruch mit einem älteren Beschlusse der deutschen Gemeinde hatten die Betreffenden, nachdem sie zu diesem Zwecke ihren Anschluß an die deutsche Kirche bewerkstelligt hatten, unter der Zustimmung des Bischofs von Bergen eine entsprechende Eingabe an das norwegische Kirchen- und Unterrichts-Departement gemacht. Das letztere hat indeß ohne weitere Motivirung einen abschläglichen Bescheid erteilt, und so wird denn die deutsche Gemeinde in Bergen unbehindert fortbestehen. (N. 3.)

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Newyork, 18. Febr., Abends. Sherman besetzte gestern das von Beauregard geräumte Columbia. Man glaubt, der Fall Columbia's mache die Räumung Charleston's nöthig. Sherman wird Florence oder Charlotte angreifen. Wechselcours 22 1/2, Goldagio 10 1/2. Baumwolle 85. Bonds 110 1/2. (Wolff's T. B.)

Wien, 2. März. Die „General-Correspondenz“ bemerkt gegenüber dem durch auswärtige Blätter erwähnten Gerächte von einem angeblichen Proteste des Kaisers von Mexico gegen den Familienpact, daß dieser Gegenstand in Wien in keiner Weise angeregt worden sei.

Breslau, 3. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Bahnhofsstraße Nr. 5 eine geräumte, in Goldrahmen gefasste Hausordnung; am Oberschlesischen Bahnhofe Nr. 25 zwei bunte Teppiche; neue Lauenzienstr. Nr. 75 ein Mannsbüchse, ein Paar weiße Unterhosen und ein Fuchtschuh; kleine Scheiningerstraße Nr. 8 ein wollenes weigfarbnes Schawluch mit lilä Streifen; Schubbrücke Nr. 23 ein Paar Bettdecken von lilä gemustertem Kartuz, eine Tischdecke von gelb und weiß gemustertem Damast, so wie ein schwarz-lebernes Portemonnaie mit acht Silbererg. Inhabt; Leichstraße Nr. 1d ein

warger Tuchrock mit Sammettragen eine graue Tuchhose mit rothen Knäuten und dem Stempel des Breslauer Kriegervereins versehen, eine schwarze Budak-In-Weste, ein schwarzleibenes Halsstuch und ein gefärbter Beutel mit fünf Zhaler Drabt; Klostersstraße Nr. 83 eine schwarze Büffeljacke. Angenommen: Dr. Prosz, General-Adv. aus Posen. Graf v. Schweinik, Präsident, aus Posen. Häbart, kaiserl. russischer Hofschaffspieler, aus Petersburg.

Strowo, 26. Febr. [Verhaftung.] Gestern hat die Verhaftung des Nelans und Bfarers Leszczynski zu Kaszlow, welcher unter der Anklage einer Wechselfälschung steht, auf Requisition des königl. Kreisgerichts stattgefunden. Die Abführung des Verhafteten von Kaszlow erfolgte unter Umständen, welche leicht zu Excessen hätten führen können. Kurz vor der Fortführung des Gefängnis, Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, begann man mit den Gloden der latholischen Kirche zu läuten und es sammelte sich, wie auf ein gegebenes Signal, alsbald ein Haufe von etwa 60 Personen niederen Standes vor dem Pfarrhause an, welcher die Absicht zu erkennen gab, den Transport des Verhafteten nach dem Gefängnis zu verhindern. Man ließ den Pferde vor dem Wagen, auf welchem der Gefangene fortgeführt werden sollte, in die Fägel und verbot, das Gefährt umzubringen. Inbezug gelang es der Energie und Ruhe der mit der Verhaftung beauftragten Gensdarmen, den Transport ohne weitere Störung auszuführen; das Individium, welches mit den Gloden geläutet hat, ist bereits ermittelt und zur Haft gebracht. — Wir müssen der „Patriotischen Ztg.“, der wir diese Mittheilung entnehmen, die Gewährleistung für das Gemeldete überlassen. (D. Red.)

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Ort, Barometer, Lufttemperatur, Windrichtung, Wetter. Includes data for Breslau on 2. März and 3. März.

London, 28. Febr. [Viehmarkt.] Die Gesamtzufuhr von fremdem Vieh in voriger Woche betrug 3501 Stück, nämlich 912 Stück Hornvieh, 1492 Schafe, 170 Kälber und 927 Schweine.

Zum heutigen Markt war eine volle Durchschnittszufuhr fremden Viehes eingetroffen, meistens in mittelmäßiger Condition. Der Absatz war schleppend, zu lezten Preisen. Das Angebot von einheimischem Hornvieh war nach Zahl und Qualität gut. Der Handel war im Ganzen schleppend, und in einigen Fällen stellten Preise sich eine Kleinigkeit niedriger. Das Angebot von Schafen war zwar größer, wie in letzter Zeit, jedoch immer noch beschränkt; Preise stellten sich deshalb etwas höher, wenn auch der Verkauf nur langsam war. Die wenigen angebotenen Kälber fanden stetigen Absatz zu vollen Preisen. Schweine wenig begehrt, und Preise hatten eine wechende Tendenz.

Gesamt-Zufuhr: 3940 Stück Hornvieh, 13,600 Schafe, 203 Kälber, 390 Schweine. Fremde Zufuhr: 1230 Stück Hornvieh, 4600 Schafe, 133 Kälber, 120 Schweine.

Beobachte Markt-Preise für Hornvieh 3s 8d bis 5s 4d, Schafe 4s 6d bis 6s 6d, Kälber 4s 6d bis 5s 8d, Schweine 3s 6d bis 4s 6d.

Hamburg, 1. März. [Viehmarkt.] An den Markt gebracht wurden 184 Stück großes Hornvieh, wovon 50 Stück unverkauft blieben. Preis 36 bis 48 Mk. per 100 Pfd. — Ferner waren am Markt 434 Hammel, von denen 16 Stück unverkauft blieben. Schweinehandel gut. An den Markt gebrachte 236 Stück wurden verkauft. Preis innerhalb der Actie 34—38 Mk. per 100 Pfd., außerhalb der Actie 32—36 Mk. per 100 Pfd. — Kälberhandel mittelmäßig. An den Markt gebrachte 274 Stück wurden verkauft. Preis 45—50 Mk. per 100 Pfd.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 2. März, Nachm. 3 Uhr. An heutiger Börse wirkte die Baiffe des Credit-Mobiliers auf sämtliche Werthpapiere, die indeß weniger angeboten blieben, als jmer. Die Sproz. begann zu 67, 80, stieg bis 63, 05, fiel auf 67, 77 1/2, und schloß in besserer Haltung zur 80. Credit-Mobilier, der in fester Haltung zu 922, 50 begonnen und sich auf 928, 75 gehoben hatte, fiel durch sehr starkes Angebot auf Notiz. Die Liquidation der Werthpapiere war belebt und wurden schließlich gemacht: Ital. Rente 64, 85, Oesterreich. Staatsbahn 442, 50, Credit-Mobilier 890, Lombarden 546, 25, Consols von Mittags 1 Uhr waren 89 1/2 gemeldet. Schluß-Course: Sproz. Rente 67, 85, Italien. Sproz. Rente 65, 10, Sproz. Spanier —, Sproz. Spanier —, Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 445, —, Credit-Mob. Aktien 885, —, Lomb. Eisenbahn-Aktien 548, 75.

London, 2. März, Nachm. 4 Uhr. Wetter milde. Consols 89 1/2 Sproz. Spanier 4 1/2, Sardiner 77, Mexikaner 26 1/2, Sproz. Russen 91 1/2, Neue Rente 8 1/2, Silber —, Türksche Consols 52 1/2.

Die Bank von England hat den Discount von 5 auf 4 1/2 pCt. herabgesetzt. Der Dampfer „Oneida“ ist aus Brasilien in Liffabon eingetroffen.

London, 2. März, Abends. Der heutige Bantausweis ergiebt einen Notenumlauf von 19,933,285 (Zunahme 273,765), einen Baarvorrath von 14,801,367 (Zunahme 201,134), und eine Notenreserve von 8,721,0 5 (Abnahme 25,650) Pfd. St.

Wien, 2. März, Nachmittags 2 Uhr. Fest, günstig. — Schluß-Course: Sprozentige Metalliques 71, 40, 1854er Loose 88, —, Bank-Aktien 799, —, Staatsbahn 183, 80, National-Anleihe 78, 70, Credit-Aktien 188, 10, Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 199, 90, Oesterr. 222, 60, London 112, 40, Hamburg 84, 50, Paris 44, 75, Böhm. Westbahn 162, 50, Creditloose 127, 90, 1864er Loose 93, 70, Lombard. Eisenbahn 245, —.

Frankfurt a. M., 2. März, Nachm. 2 1/2 Uhr. Im Allgemeinen fest. Neue Zinsl. Pfandbr. 83. Schluß-Course: Ludwigshafen-Verba 149 1/2, Wiener Wechsel 104 1/2, Darmst. Bank-Aktien 237 1/2, Darmst. Kettel-Bank 259, Sprozent. Metalliques 61 1/2, 4 1/2 Prozent Metalliques 55 1/2, 1854er Loose 76 1/2, Oesterr. Nat.-Anl. 68 1/2, Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn —, Oesterr. Bank-Antheile 838 1/2, Oesterr. Credit-Aktien 196, Oesterr. Elisabeth-Bahn 117 1/2, Rhein-Nahbahn 30 1/2, Hess. Ludwigsbahn 135 1/2, 1860er Loose 83 1/2, 1864er Loose 91, Böhm. Westbahn —, Finnland. Anl. 84 1/2, 6 1/2 Percent Staats-Anl. pr. 1882 53 1/2.

Hamburg, 2. März, Abends. Ein Telegramm der „Börse-Journal“ aus Liffabon vom heutigen Tage bringt Nachrichten aus Rio de Janeiro vom 7. v. M. Gesamtablungen an Kaffee seit letzter Post 69,000 Sgr., Verarbstattung 20,000, Preisrückgang 100 Meis. Course auf London unbedändert.

Hamburg, 2. März, Nachm. 2 1/2 Uhr. Börse ruhig, Geld reichlicher. Schluß-Course: National-Anleihe 69 1/2, Oesterr. Credit-Aktien 82 1/2, Vereinsbank 107, Norddeutsche Bank 114 1/2, Rheinische 109 1/2, Nordbahn 78, Zinsl. Anleihe 83, Sproz. Preuss. Staats-Anl. pr. 1862 48 1/2, Disconto 2 1/2 1/2.

Hamburg, 2. März. [Getreidemarkt.] Weizen ruhig, Termine matt, Roggen desgl. April-Mai 5100 Pfd. brutto zu 77 1/2 verkauft. Del geschäftlos, Mai 25 1/2, Oct 25 1/2. Kaffee ruhig in Erwartung der Rio-Depesche. Zint fest. 500 Ctr. Frühjahr, 2000 Ctr. loco zu 13, nachdem gestern in London 200 Tons loco zu 19 1/2 Pfd. St. verkauft worden.

Liverpool, 2. März, Nachm. 1 Uhr. (Baumwolle.) 2000—3000 Ballen Umsatz. Markt sehr träge, Preise unregelmäßig und schwer zu notiren. Fair Cholera 15, Comra 14, Bengol 8—7 1/2.

Berlin, 2. März. Die Festigkeit der Börse war merklich gemadhen. Der günstige Geldstand (auch die englische Bank hat den Discount auf 4 1/2 pCt. herabgesetzt) motivirt eine schon heute bemerkbar gewordene Rückkehr des Begehrs für Placementspapiere. Namentlich gab die verstärkte Frage für inländische Eisenbahn-Aktien der Börse heute eine viel günstigere Haltung. Demungeachtet war das Geschäft keineswegs beständiger als an den vorhergehenden Tagen dieser Woche, nur Genier Credit-Aktien machten mit einem außerordentlich belangreichen Umsatz eine Ausnahme. Die Erklärung dafür ist keineswegs in einem Umwandlung der Verhältnisse der Bank zu suchen, sondern, wie uns scheint, nur in der massenhaft erfolgten Käufung der Prämien, selbst der erst später fällig werdenden. Die dadurch nothwendig gewordenen Rückkäufe hoben den Course nicht unbedeutend. In inländischen Bahnen brachte trotz der geringfügigen Umsätze die aufretende Kaufkraft bessere Course, namentlich hatten sich inländische Actien häufig erholt. Uebrigens kamen vereinzelt in manchen Effecten erwähnenswerthe Umsätze allerdings vor, namentlich wurden Americanische Anleihe, Russische Prämien-Anleihe, Berlin-Görlitzer Prioritäts-Aktien in größeren Posten gehandelt. Die Haltung der preussischen Anleihen hatte sich befestigt, nur Staats-Eisenbahne wurden 1/2 herabgesetzt (91 1/2). Stärkeres Angebot trat dagegen in Eisenbahn-prioritäten auf. Disconto 3 1/2 pCt. (W. u. S. B.)

Berliner Börse vom 2. März 1865.

Large table containing market data for various securities, including Staats-Anl., Eisenbahn-Stamm-Actien, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Wechsel-Course, and Weizen. Includes columns for price, quantity, and exchange rates.

Berlin, 2. März. Weizen loco 44—57 1/2 pCt. nach Qualität, erquält weicher poln. 57 1/2 pCt. ab Bahn bez., gelber udermärtler 52 1/2 pCt. dito. Roggen loco 34 1/2—35 1/2 pCt. nach Qual. gefordert, pr. März 34 1/2 pCt. Br., 1/2 pCt. Gld., Frühjahr 34 1/2—1/2 pCt. bez. und Br., 34 1/2 pCt. Gld., Juni-Juli 35 1/2—36 pCt. bez. und Br., 35 1/2 pCt. Gld., Juli-Aug. 37 1/2 pCt. Br., Sept. 37 1/2 pCt. bez. und Br., Sept.-Oct. 37 1/2 pCt. bez. und Gld., 38 1/2 pCt. Br. — Wafer loco 21—24 pCt., Sproz. 23—1/2 pCt. ab Bahn bez., Lieferung pr. März 21 1/2 pCt. Br., Frühjahr 21 1/2 pCt. bez. und Br., 1/2 pCt. Gld., Mai-Juni 21 1/2 pCt. Br., Juni-Juli 23—22 1/2 pCt. bez., Juli-Aug. 23 1/2 pCt. Br. — Erbisen, Rodwaare 45—50 pCt., Futterwaare 40—45 pCt. — Käse loco 11 1/2 pCt. bez., März und März-April 11 1/2 pCt. bez., Br. und Gld., April-Mai 11 1/2 pCt. — 1/2 pCt. bez. und Br., 1/2 pCt. Gld., Juni 11 1/2 pCt. bez., Sept.-Oct. 11 1/2 pCt. Br. — Leinöl loco 12 1/2 pCt. — Spiritus loco ohne Foh 12 1/2—13 1/2 pCt. bez., März und März-April 13 1/2 pCt. bez. und Gld., 1/2 pCt. Br., April-Mai 13 1/2 pCt. bez., 1/2 pCt. Br., 1/2 pCt. Gld., Juni-Juli 13 1/2 pCt. bez., 1/2 pCt. Br., 1/2 pCt. Gld. — Weizen in seinen Gütern gefragt. Roggen. Der Begeh nach disponibler Waare war heute äußerst gering, das demselben gegenüber stehende Angebot war ebenfalls unbedeutend, und können wir denn auch von größeren Geschäften nicht berichten. Der Fernhandel unterlag einer ziemlich großen Erschlaffung, trotzdem der in den letzteren Tagen merklich gewachsenen Regfamkeit, trotzdem war die Tendenz eine durchgängig feste, Abgeber stießen näher wie den Sommermonaten rücken, von Tag zu Tag zurückhaltender und erhielt dies in den vereinzelt zu höheren Preisen gemachten Abschlägen genügenden Ausdruck, die von auswärtig fest eingegangenen Berichte trübte leblich dazu bei, daß sich die Haltung auch bis zum Schluß vollständig behauptete. Hafer loco und Termine gut behauptet. — Rübel hat sich

Breslau, 3. März. Wind: Ost. Wetter: schön. Thermometer Fröh 1 Grad Wärme. Bei stillem Geschäftsverkehr waren Getreidepreise im Allgemeinen wenig verändert. Weizen etwas mehr Kauflust, pr. 84 Pfd. welche bruchfreie Waare 60—64 Sgr. wenig erbrochene 52—54 Sgr., erwaohene 48—50 Sgr., bruchfreie Waare 57—59 Sgr., wenig erbrochene 48—52 Sgr., erwaohene 44—46 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen fest, pr. 84 Pfd. 39—41 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste mild, pr. 74 Pfd. 36—37 Sgr., helle 32—33 Sgr., gelbe 30—1 Sgr. Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 24—27 Sgr. Erbisen schwacher Umsatz. — Weizen gefragt. — Schlechte Hohnen gesucht. — Schlaglein fest. — Rapslaven be- achtet, 49—51 Sgr. pr. Ctr.

Table with columns: Sgr. pr. Schff., Sgr. pr. Sack, listing prices for various types of wheat (Weizen) and other grains.

Am 27. Februar verschied in Folge der durch eine Pulverexplosion verursachten Verletzungen der hiesige Kaufmann Israel Nocher. Wir beklagen in seinem Hinscheiden ein würdiges und thätiges Mitglied unse- Collegiums, dessen Andenken in unserer Mitte dauernd sein wird. (237)

Berlin, 2. März 1865. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.